

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Fragestellung	Fraktion
1	63	01-01-01	Verwaltungsvorstand, Repräsentation, Ehrungen	Will der Bürgermeister und sein Verwaltungsvorstand sich keine dokumentierten strategischen Ziele geben, außer der Pflichtaufgabe die Stadtverwaltung ordnungsgemäß zu führen, um sich nicht daran messen zu lassen?	SPD
Nach Ausführung des Bürgermeisters hat die Verwaltung einen Haushalt vorgelegt, in dem die strategischen Ziele wiedergegeben sind. Anschließend entwickelte sich eine Diskussion zu den Möglichkeiten und Anforderungen an die Formulierung strategischer Ziele und Visionen, an der sich Herr Knülle, Herr Wagner, Herr Dr. Frank, Frau Bergmann-Gries und Herr Züll beteiligten.					
2	69	01-02-01	Rat, Ausschüsse, Fraktionen	Wie plant die Verwaltung konkret, die Einsparung von 50% Papier- und Druckkosten zu erreichen? Welche Auswirkungen hätte eine geringere Auslastung der hausinternen Druckerei auf die Mitarbeitersituation?	SPD
Herr Neß erläuterte, dass es sich um interne Papier- und Druckkosten der Verwaltung handelt, die durch eine geänderte Verfahrensweise im Sitzungsdienst verringert werden können. Über Einsparmöglichkeiten im Bereich der Ratspost würden zu gegebener Zeit Gespräche mit dem neuen Rat geführt. Auswirkungen auf den Bereich der Hausdruckerei wegen einer geringeren Auslastung ergäben sich nicht, da im Zusammenhang mit der Einführung von Dokumentenmanagement künftig eingehende Dokumente erfasst werden müssten.					
4	79	01-02-03	Presse und Öffentlichkeitsarbeit	Erneuerung des Internetauftritts dringend erforderlich. Aufbruch im Stadtmarketing durch Wettbewerb zu neuem Logo. Frage: Welche Leistungen erbringt der Website-Anbieter genau?	B90/Die Grünen
5	79	01-02-03	Presse und Öffentlichkeitsarbeit	Welchen Ressourcenbedarf benötigt die Verwaltung zur Realisierung eines neuen Stadtlogos? Welche E-Government Tools beabsichtigt die Verwaltung im Jahr 2009 neu ins Verwaltungshandeln, in der aktiven Kommunikation mit der Bevölkerung, einzubinden?	SPD

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Fragestellung	Fraktion
				Ist der Verkauf der Merchandising-Produkte ressourcendeckend?	
Der Bürgermeister erläuterte, dass nach Meinung der Verwaltung ein neues Logo nicht notwendig ist. Nach Aussage von Herrn Neß werden im Zuge der Einführung von Dokumentenmanagement auch die weiteren Schritte für ein E-Government vorgenommen. Für das 2. Halbjahr 2009 sei vorgesehen, die Gestaltung der städtischen Homepage zu überdenken. Mit dem Provider bestehe ein Vertrag, aufgrund dessen er seine Hardware zur Verfügung stellt sowie Einstellungen und Verknüpfungen erledigt. Der Verkauf der Merchandising-Produkte ist ressourcendeckend, wobei die Personalkosten wegen ihrer Geringfügigkeit nicht mitgerechnet werden.					
6	85	01-03-01	Gleichstellungsstelle	Kann das Ziel in die Gesamtkonzeption der verwaltungsinternen Weiterbildungsangebote integriert werden?	SPD
Der Bürgermeister erklärte, dass vor dem Hintergrund gleichstellungsrelevanter Themen bewusst eine eigene Zielformulierung für diesen Bereich gewählt wurde.					
9	107	01-06-01	Personalplanung, -einsatz und -steuerung	Welche Qualifikationsmaßnahmen und in welchem Umfang sind in 2009 vorgesehen? Welche Ressourcen sind pro weiteren Ausbildungsplatz notwendig? Wie hat sich der Anteil der Personalkosten an dem Verwaltungshaushalt seit 2000 jährlich entwickelt?	SPD
Frau Krumm erläuterte die vorgesehenen Qualifizierungsmaßnahmen für den Bereich der Ausbilder. Die notwendigen Ressourcen für einen Ausbildungsplatz seien abhängig von der Art der Ausbildung. Im Durchschnitt koste eine 3jährige Ausbildung 38.700,00 €. Zur Qualifizierung der Gesamtbelegschaft verwies Herr Neß auf die dezentrale Ressourcenverantwortung für Organisation und Personal. Im Rahmen des Personalentwicklungskonzeptes sollen im Laufe des Jahres Überlegungen angestellt werden, wie die dezentrale Fortbildungsplanung dargestellt werden könne. Herr Wagner bat die Verwaltung, zu überprüfen, ob die Zahl der Ausbildungsplätze im laufenden Jahr von 5 erhöht werden kann. Dabei sollen nach Ausführung von Herrn Züll auch die Möglichkeiten der Übernahmegarantie geprüft werden. Nach Ausführung von Herrn Raubach liegt der Anteil der Personalkosten am Verwaltungshaushalt in den Jahren 2000 - 2008 zwischen 25,13 und 26,04 %.					

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Fragestellung	Fraktion
10	111	01-06-02	Personalservice	Warum werden keine externen Dienstleister für die Bezugsbetreuung, Beihilfe, Reisekosten usw. genutzt? Andere öffentliche Bereiche, z.B. die Bundesverwaltung, praktizieren dies seit Jahren erfolgreich.	SPD
Der Bürgermeister verwies auf eine in der Vergangenheit stattgefundene Überprüfung und die anschließende Berichterstattung. Diese Frage werde zum Anlass genommen, nochmals nach einer kostengünstigeren Variante zu suchen.					
11	117	01-06-04	Druckerei	Sind die Kennzahlen auf Tausender Basis?	SPD
Frau Krumm wies darauf hin, dass es sich um die Seitenzahl der online eingehenden Druckaufträge handelt. Die Gesamtanzahl der Kopien ist nicht aufgeführt.					
12	121	01-06-05	Poststelle	Die Gesamtportohöhe ist nur im Zusammenhang mit der Anzahl der versendeten Poststücke wirklich aussagekräftig. Aussage dazu möglich?	SPD
Frau Krumm erklärte, dass die Anzahl der versendeten Poststücke nicht erfasst wird. Der Bürgermeister merkte an, dass nicht alle versendeten Poststücke über die Frankiermaschine der Poststelle abgewickelt werden. Es bestünden noch weitere Verträge mit der Post. Anschließend entwickelte sich eine kurze Diskussion, in der verschiedene Möglichkeiten zur Reduzierung der Portokosten aufgegriffen wurden. Seitens der Verwaltung wurde zum Ausdruck gebracht, dass soweit möglich und praktikabel keine unnötigen Portokosten produziert werden.					
14	127	01-06-06	Sonstige zentrale Dienste	Welche Druckleistungen werden für 13.710 € extern vergeben? Wieso sind diese nicht in der Hausdruckerei produzierbar?	SPD
Nach Aussage von Frau Krumm ist der Offsetdruck vor mehreren Jahren aus wirtschaftlichen Gründen eingestellt worden. Somit sind keine Farbdrucke mehr möglich und der Druck von Broschüren muss extern vergeben werden.					

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Fragestellung	Fraktion
15	131	01-07-01	IuK	Vor dem Hintergrund der hohen Lizenzkosten wäre ein Nutzen von Open Source Produkten eine Alternative. Was hindert die Verwaltung, diese in der Verwaltung einzuführen?	SPD
Bei jeder Neubeschaffung von Software wird nach Ausführung von Frau Stocksiefen geprüft, ob Open Source Produkte zum Einsatz kommen können. Es bestehe jedoch überwiegend keine Kompatibilität zu den bei der Stadtverwaltung eingesetzten Produkten. Die 80 zur Zeit im Einsatz befindlichen Fachverfahren verfügen nicht über eine Schnittstelle zu Open Office-Verfahren. Zudem müssten bei vorhandenen Schnittstellen zu lizenzpflichtiger Software dennoch Lizenzen erworben werden.					
16	133	01-07-01	IuK	Frage: 25.000 Euro für Beratungskosten bei der Einführung von Dokumentenmanagement und Workflow - Einsparungen möglich?	B90/Die Grünen
Frau Stocksiefen erläuterte, dass derzeit keine Einsparungen mehr möglich sind. Aufgrund der Komplexität sei ein externer Dienstleister erforderlich, um das Projekt bei der Auswahl des Produktes und der Einführung der Software zu unterstützen. Auf Nachfrage von Herrn Metz erklärte Frau Stocksiefen, dass es sich nicht nur um Beratungsleistungen des externen Dienstleisters handelt, sondern um umfangreiche Prozessunterstützung.					
17	139	01-08-01	Zentrale Vergabestelle	Wie ist die Beschaffung von Büromaterial und anderen kleineren Anschaffungen von Geräten geregelt?	SPD
Nach Ausführung von Herrn Raubach ist der Ansatz für diesen Bereich im Produkt 01-06-06 - Sonstige Zentrale Dienste - berücksichtigt. Zu Beginn des Jahres werde der Bedarf zentral ermittelt und beschafft. Das verbleibende Restbudget werde auf die einzelnen Fachbereiche zur eigenständigen Bewirtschaftung aufgeteilt.					
18	143	01-09-01	Haushaltsaufstellung, Haushaltssteuerung	Ist der Verwaltung schon bekannt, welche Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Eröffnungsbilanz und den Jahresabschluss prüfen soll?	SPD
Herr Raubach führte aus, dass diese Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bekannt ist. Bereits 2003 wurde mit einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ein Vertrag abgeschlossen. Es wäre unverantwortlich gewesen, die vorbereitenden Arbeiten für die Eröffnungsbilanz alleine durch-					

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Fragestellung	Fraktion
----------	-------	---------	-------------	---------------	----------

zuführen.

20	147	01-09-02	Vermögens- und Schuldenverwaltung	Wie kommt es zu der Erhöhung des Zinssatzes bei den aktuellen Zinssenkungen weltweit? Wie hat sich die Beratung der KSK bewährt?	SPD
----	-----	----------	-----------------------------------	--	-----

Herr Raubach teilte mit, dass bei der Haushaltsaufstellung eine Senkung des Zinssatzes nicht abzusehen war und für die geplanten Neuaufnahmen ein Zinssatz von 5 % unterstellt würde. Eine Kreditaufnahme erfolge stets zum jeweils günstigsten Zinssatz. In Zusammenarbeit mit der Kreissparkasse seien alle Kredite, bei denen die Zinsfestschreibungen bis zum Jahr 2013 auslaufen, mit einem Zinssatz deutlich unter 5 % fest geschrieben. Die Zusammenarbeit habe sich bewährt.

22	155	01-09-04	Finanzbuchhaltung	Eröffnungsbilanz ist als Grundlage des neuen Haushalts unverzichtbar für die Beratung und Beschlussfassung des Haushaltes! Erwartet der Bürgermeister eine deutlich schlechtere Eröffnungsbilanz als vorgelegt? Hat die Verschiebung der geplanten Ratssitzung von kurz vor der Kommunalwahl auf die 2. Woche nach der Wahl damit etwas zu tun?	SPD
----	-----	----------	-------------------	---	-----

Nach Erklärung von Herrn Raubach wurde bisher noch keine Eröffnungsbilanz vorgelegt. Die zur Zeit in der Vorbereitung stehende Eröffnungsbilanz könne am 11.03.2009 dem Rat noch nicht vorgelegt werden. Die Inventur sei noch nicht abgeschlossen. Zudem müsse die Bewertung des bebauten und unbebauten Vermögens u.a. wegen neuer Vorgaben der Gemeindeprüfungsanstalt überarbeitet werden.

Der Vorlage des Haushaltes an die Kommunalaufsicht werde eine vorläufige Eröffnungsbilanz beigelegt. Dies habe den Zweck, die Höhe der allgemeinen Rücklage zu darzustellen, die wichtig für die Bewertung der Ausgleichsrücklage sei.

Auf Nachfrage von Herrn Metz nach den tatsächlichen Auswirkungen auf einen bereits beschlossenen Haushalt aufgrund einer vorläufigen Eröffnungsbilanz, wenn diese tatsächlich schlechter ausfallen sollte als vorgesehen, erklärte Herr Raubach, dass dieser Tatbestand vor dem Hintergrund der per heute vorliegenden gesicherten und geschätzten Zahlen nicht eintreten werde.

Die Frage nach der Verschiebung der Ratssitzung erklärte Herr Knülle als erledigt.

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Fragestellung	Fraktion
23	159	01-09-05	Zahlungsabwicklung	Wie lange dauert in der Regel die Begleichung einer Rechnung durch die Stadtverwaltung? Kommt es des Öfteren zu Mahnungen mittelständiger Unternehmen? Wie hoch ist der Stand der derzeitigen noch offenen Forderungen?	SPD
Nach Ausführung von Herrn Raubach dauert die Begleichung einer Verbrauchsrechnung nicht länger als 2 Wochen. Bei Baurechnungen hänge die Dauer von der Prüfungszeit ab. Mahnungen in größerem Umfang seien nicht bekannt. Die Höhe der noch offenen Forderungen sei noch nicht bekannt, da diese Zahl für die Eröffnungsbilanz noch nicht festgestellt wurde.					
25	171	01-10-01	Versicherungen	Wer sind die Hauptversicherungspartner der Stadt? Seit wann laufen die Versicherungsverträge und wann sind diese das letzte Mal auf Wirtschaftlichkeit geprüft worden? Finden regelmäßige Preis-Leistungsvergleiche statt?	SPD
Nach Aussage des Bürgermeisters könne über den Hauptversicherungspartner der Stadt in der öffentlichen Sitzung keine Angaben gemacht werden. Es handle sich um zum einen um einen Versicherer, mit dem eine Vielzahl von Städten und Gemeinden auf Grund des besonderen Risikos Verträge geschlossen haben. Es kämen aber auch andere Versicherungen zum Zuge. Herr Steinkamp führte aus, dass das Preis-Leistungsverhältnis im Rahmen der Wirtschaftlichkeit geprüft werde. Nicht der Beitrag allein sei ausschlaggebend, sondern auch der Umfang und die Abwicklung der Versicherungsleistungen. Auf Nachfrage von Herrn Knülle erläuterte Herr Steinkamp, dass die Verträge zum Teil mehr als 20 Jahre laufen. Ein detailliertes Vergleichsangebot sei nur bei Kündigung der bestehenden Verträge und anschließender Neuausschreibung zu erhalten. Herr Metz erwartete mit Nachdruck eine regelmäßige Ausschreibung der Versicherungsleistungen. Frau Gust wies darauf hin, dass das Rechnungsprüfungsamt im Prüfbericht 2008 eine Anregung zu einer Prüfung der Angebote von Versicherungen machen werde. Der Bürgermeister sagte eine solche Überprüfung und Berichterstattung im Haupt- und Finanzausschuss zu.					

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Fragestellung	Fraktion
26	175	01-11-01	Recht	Wie hoch ist der Anteil an externen Rechtsgutachten? Könnte durch eigenes Personal mehr Rechtssicherheit und Reduzierung der externen Kosten erreicht werden? Mit welchen Kanzleien wird hauptsächlich zusammengearbeitet?	SPD
Frau Gläß führte aus, dass in den vergangenen Jahren durchschnittlich 5 Rechtsgutachten extern vergeben wurden. Sollte auch die externe Beauftragung von Rechtsanwälten in Klageverfahren gemeint sein, liege der Anteil höher, aber unter 10 % der insgesamt durchgeführten Klageverfahren. Eine personelle Verstärkung des Rechtsdienstes würde zu höheren Serviceleistungen und einer erhöhten Rechtssicherheit führen. Eine Reduzierung der externen Kosten sei damit nicht unbedingt verbunden, weil in bestimmten Fällen die Hinzuziehung von Fachanwälten sinnvoll sei, da dort eine höhere Spezialisierung und Kompetenz vorhanden sei. Zu den Kanzleien konnten in der öffentlichen Sitzung keine Angaben gemacht werden. Auf Nachfrage von Herrn Knülle erklärte Frau Gläß, dass durch den Wegfall des Widerspruchverfahrens die Prüfkompetenz des Rechtsdienstes im Vorverfahren weggefallen sei. Der Rechtsdienst erlange Kenntnis von einem Klageverfahren bei der Zustellung einer Klage, es sei denn, die Fachbereiche beziehen den Rechtsdienst im Vorfeld ein.					
27	179	01-12-01	Büroflächen	HAUSHALTSBEGLEITBESCHLUSS 2008! Die Energiepreise sinken laut Verwaltung, aber nicht im Rathaus. Und wo ist eigentlich die interne Verrechnung: Sind Büroflächen ein "Produkt" der Stadt Sankt Augustin?	B90/Die Grünen
Das Produkt „Büroflächen“ finde sich nach Ausführung von Herrn Raubach in vielen Städten wieder und sei somit kein Produkt der Stadt Sankt Augustin. Im Haushalt wurden nur interne Verrechnungen durchgeführt, wo es für Zwecke der Gebührenkalkulation dringend erforderlich war. Eine flächendeckende interne Verrechnung werde angestrebt, stehe aber noch aus, da dafür umfangreiche Vorarbeiten durchgeführt werden müssten. Insbesondere seien belastbare Verteilungsschlüssel notwendig, die von den Fachbereichen noch nicht abgefordert werden konnten. Herr Metz hielt gerade für die Gebührenkalkulation die interne Verrechnung für notwendig. Auf seine Nachfrage erklärte Herr Raubach, dass in diesem Produkt Büroflächen alle Büroflächen enthalten seien. Interne Verrechnungen wurden durchgeführt im Bereich der Stadtkasse, der Kostenrechnung, der Steuerverwaltung, teilweise in der Personalverwaltung. Die vom Bürgerservice erhobenen Gebühren für Personalausweise u.a. errechnen sich nach der Verwaltungsgebührenordnung. Hierfür sei eine interne Verrechnung nicht zwingend erforderlich. Gesunkene Energiekosten würden bei der Verteilung auf die Büroflächen berücksichtigt.					

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Fragestellung	Fraktion
----------	-------	---------	-------------	---------------	----------

Vor dem Hintergrund des Haushaltsbegleitbeschlusses 2008, erinnerte Herr Metz an die Absichtserklärung, im Jahr 2010 den Energieverbrauch um 10 % zu senken. Dem schloss sich Herr Knülle an.

28	179	01-12-01	Büroflächen	Wann beabsichtigt die Verwaltung einen behindertengerechten Zugang zu allen Verwaltungsstellen sicherzustellen - vor allem beim Ärztehaus? Erwartet die Verwaltung, durch die eigenen Stadtwerke EVG, zukünftig niedrigere Energiekosten? Sieht die Verwaltung keine Möglichkeit die Sanierungsmaßnahmen an der Stadtbücherei schon in 2009 zu beginnen? Sieht die Verwaltung keine Möglichkeit, die veranschlagten Ressourcen zur Einrichtung des Wahlbüros bei der Stadt durch vorhandene Möbel zu realisieren? Wann legt die Verwaltung ein Energieeinsparungskonzept vor? Entsprechende Zuschüsse für die Erarbeitung eines Konzeptes sind im Umweltetat bereits veranschlagt.	SPD
----	-----	----------	-------------	--	-----

Bezüglich des behindertengerechten Zugangs im Ärztehaus (Außentüren) wurde nach Ausführung des Bürgermeisters mit dem Hauptbesitzer Kontakt aufgenommen. Er sei allerdings zu dieser Investition nicht bereit. Die Stadt sei alleine dazu nicht in der Lage. Auf Nachfrage von Frau Bergmann-Gries erklärte der Bürgermeister, dass der Besitzer nicht dazu verpflichtet sei. Herr Raubach erklärte, dass die Frage nach niedrigeren Energiekosten durch die eigenen Stadtwerke EVG per heute nicht beantwortet werden könne.

Die Sanierung der Stadtbücherei sei im Rahmen des Konjunkturpaketes angedacht. Außerhalb dieses Paketes bestehe wegen der Finanzen und der Personalsituation keine Möglichkeit.

Der Mobiliarbedarf bestehe für die gesamte Verwaltung.

Das Energieeinsparungskonzept wurde im Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss Mitte 2008 auf den Weg gebracht. Auf die Nachfrage von Herrn Knülle antwortete Herr Gleß, dass in 2009 die weiteren Berichte vorgelegt werden sollen.

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Fragestellung	Fraktion
29	185	01-12-02	Hausverwaltung / Vermietung	Frage: Warum zahlen wir 2.400 Euro für die Registrierkasse der Ratsstuben? Vertragliche Basis? Kosten realistisch?	B90/Die Grünen
Es bestehe nach Ausführung von Frau Kusserow eine vertragliche Verpflichtung zur Bereitstellung des Inventars der Ratsstuben. Hierzu gehöre u.a. die Registrierkasse. Die Kosten seien auf der Grundlage der Preisvergleiche realistisch. Es wurde ein Vergabevermerk erstellt. Im diesem Zusammenhang wurde auch die Wirtschaftlichkeit geprüft.					
30	185	01-12-02	Hausverwaltung / Vermietung	Wie ist der Substandszustand der Gebäude? Kommt die Verwaltung allen Pflichten eines Vermieters zeitnah nach?	SPD
Der Substandszustand der Gebäude sei dem Ausschuss bekannt. Im Rahmen von Gutachten sowie Berichten wurde darüber mehrfach diskutiert. Die Verwaltung komme allen Pflichten eines Vermieters zeitnah nach.					
31	191	01-12-03	Serviceleistungen, Gebäudemanagement	Fertigstellung der OGS-Maßnahmen: genauer Zeitplan?	SPD
Der Bürgermeister verwies auf die Berichterstattung der Firma ucr in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 11.02.2009.					
32	191	01-12-03	Serviceleistungen, Gebäudemanagement	Frage: Kostenschätzung: Wie viel kostet ein angemessenes ständiges Monitoring der öffentlichen Gebäude?	B90/Die Grünen
Herr Metz sprach die Kosten für die Sanierungsmaßnahmen in öffentlichen Gebäuden aufgrund nicht durchgeführter Begehungen an. Er sprach sich für die Bereitstellung von Geldern für ein externes Büro oder eine eigene Kraft aus, die mit diesem Monitoring beauftragt werden solle. Nach Aussage von Frau Kusserow sei die Frage nach den Kosten abhängig von den Zielvorgaben an ein ständiges Monitoring. Der Bürgermeister erklärte, dass eine Besichtigung und eine regelmäßige Begehung der Gebäude von der Verwaltung geplant seien. Herr Metz sprach sich für eine eingehende Beratung im Gebäude- und Bewirtschaftungsausschuss aus. Frau Feld-Wielpütz sah nicht die Notwendigkeit, für das Monitoring Haushaltsmittel einzusetzen. Die nötigen Besichtigungen könnten durch die Hausmeister geleistet werden. Sie stellte die Frage nach der Notwendigkeit von zusätzlichen Kosten					

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Fragestellung	Fraktion
und wie sich diese zusammensetzen würden. Herr Radke machte darauf aufmerksam, dass es diese Begehungen immer schon gegeben habe. Sie müssten nur mit neuen Aufträgen zeitintensiver gestaltet werden. Der Bürgermeister erklärte abschließend, dass die Verwaltung im Gebäude- und Bewirtschaftungsausschuss aufgrund des weiteren Beratungsbedarfs den derzeitigen Stand darstellen werde.					
33	191	01-12-03	Serviceleistungen, Gebäudemanagement	Frage: Warum zahlt die Stadt Leasingraten für die Kaffeemaschine der Ratsstuben? Und fällt das nicht unter Produkt 01-12-02?	B90/Die Grünen
Herr Raubach erklärte, dass die Kaffeemaschine dem Produkt 01-12-02 - Hausverwaltung / Vermietung - zuzuordnen sei. Nach Ausführung des Bürgermeisters sei vor dem Hintergrund der Schwierigkeiten beim Betrieb der Ratsstuben eine entsprechende vertragliche Verpflichtung eingegangen worden. Dies habe auch der Rat ausdrücklich gewünscht.					
34	195	01-13-01	An- und Verkauf von Grundstücken	Welche Werte für den An- und Verkauf sind in 2008 erreicht worden? Welches Marketing betreibt die Verwaltung, um das Grundstücksverkaufsprogramm besser umzusetzen? Der Rückgang der Verkaufsprognose zeigt, dass gesetzte Ziele mit den bisherigen Maßnahmen nicht erfolgreich umgesetzt werden konnten.	SPD
Herr Raubach erläuterte, dass die Verkaufserlöse einen Wert von 1,3 Mio. € haben, für den Ankauf von Grundstücken wurden 199.000,00 € investiert. Nach weiteren Ausführungen von Herrn Heidelmeier zeige der Rückgang der Verkaufsprognose, dass die vorgegebenen Ziele mit den bisherigen Maßnahmen nicht erfolgreich umgesetzt werden konnten. Auf Nachfrage von Herrn Knülle nach dem Grund des Rückgangs der Verkaufsprognosen erläuterte Herr Gleß, dass in den vergangenen Jahren ein Großteil der attraktiven Grundstücke verkauft werden konnte. Ein Großteil der noch vorhandenen Grundstücke sei unattraktiv, so dass die optimistischen Prognosen der vergangenen Jahre nicht fortgeschrieben werden könne.					
35	201	01-13-02	An- und Verkauf von Gebäuden	Der Ansatz für Personalaufwendungen für den Verkauf eines Häuserblocks scheint sehr hoch gegriffen.	SPD
Der Bürgermeister erklärte, dass es sich um eine halbe Stelle handle, dessen Stelleninhaber					

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Fragestellung	Fraktion
sich überwiegend mit diesem Produkt beschäftigt, aber auch andere Aufgaben erfüllen würde. Der Ansatz vermische sich auch mit anderen Aufgaben.					
37	215	01-15-01	Bauhof	Frage: Unterhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude - wer ist dafür zuständig und über welchen FB erfolgt die Abwicklung?	B90/Die Grünen
Nach Ausführung von Herrn Schmitz sei der Bauhof und damit der Fachbereich 7 für die Unterhaltung und Bewirtschaftung zuständig. Auf die Frage von Herrn Metz, ob es nicht sinnvoller sei, alle städtischen Gebäude zentral vom Gebäudemanagement bewirtschaften zu lassen, antwortete Herr Schmitz, dass die Vergangenheit gezeigt habe, dass sich das bisherige Verfahren bewährt habe.					
38	215	01-15-01	Bauhof	Fragen: Mit welchen Bereichen werden die Erträge in Zeile 27 verrechnet und mit welchen nicht? Wie setzen sich die sonstigen ordentlichen Aufwendungen im Detail zusammen?	B90/Die Grünen
Herr Raubach erklärte, dass im konkreten Fall die vom Bauhof in kostenrechnenden Einrichtungen Abwasser, Friedhof und Straßenreinigung, erbrachten Aufwendungen verrechnet wurden. Auf Nachfrage von Herrn Metz erläuterte der Bürgermeister die Aufgaben des Bauhofes. Herr Metz wies darauf hin, dass es ein Produkt "Städtische Kulturarbeiten" gebe, zu dem die Arbeiten des Bauhofes im Rahmen von Kulturveranstaltungen zugeordnet werden müssten. Er sprach sich für eine interne Verrechnung aus, wenn es eine eigene Kolonne des Bauhofes gebe, die sich nur mit diesen Arbeiten beschäftigen würde. Der Bürgermeister erklärte, dass in den nächsten Jahren diese Anmerkungen mit in den Haushalt eingearbeitet werden.					
39	215	01-15-01	Bauhof	Welche Einsparungen könnten auf den Zeitraum der nächsten 5 Jahre durch den Einsatz von Erdgasfahrzeugen erreicht werden?	SPD
Herr Schmitz führte aus, dass Mitarbeiter des Fachbereiches 7 laufend Informationsveranstaltungen besuchen, um sich über den Einsatz von Erdgasfahrzeugen zu informieren. Beim Austausch von Fahrzeugen werde geprüft, ob Erdgasfahrzeuge eingesetzt werden könnten. Nicht alle Fahrzeuge würden als Erdgasfahrzeuge angeboten. Die Fahrzeuge seien zudem in der Anschaffung bzw. Umrüstung sehr kostenaufwendig. Eine Amortisation ergebe sich vor diesem Hintergrund nicht.					

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Fragestellung	Fraktion
41	225	02-01-02	Namen- und Staatsangehörigkeitsangelegenheiten	Wie kommt es zu dem hohen Personalkostenansatz, obwohl die Stadt in den beschriebenen Aufgaben eine reine "Briefkastenfunktion" hat?	SPD
Der Bürgermeister erklärte, dass in diesem Personalkostenansatz auch die Information bzw. Beratung der entsprechenden Bürger enthalten sei.					
42	233	02-02-01	allgemeine Sicherheit und Ordnung	Nachdem durch die "Umweltpolizisten" an die 14.500 € an Bußgeldern eingenommen werden sollten, erklärt die Verwaltung, nachdem dies seit Einführung nie gelungen ist, dass nun auf Grund der verstärkten Präsenz die Einnahmen rückläufig seien, so dass nur noch 2000 € zu erreichen sind. Teilt nicht eher die Verwaltung unsere Auffassung, dass das gesamte Projekt fehlgeschlagen ist? Welche zusätzlichen Personalressourcen müssten bereitgestellt werden, um eine deutlich stärkere Präsenz des Ordnungsamtes im Stadtgebiet zu erreichen?	SPD
Herr Steinkamp führte aus, dass nach Auffassung der Verwaltung dieses Modell erfolgreich sei. Gerade das Jahr 2008 habe gezeigt, dass die Mitarbeiter der Stadt in der Öffentlichkeit in großem Maße wahrgenommen worden seien und auch eine Kommunikation mit den Bürgern stattgefunden habe. Er gab zu bedenken, dass die Kräfte nur stundenweise in den entsprechenden Ortsteilen eingesetzt werden könnten. Eine umfassende Überwachung mit dem vorhandenen Personal sei nicht möglich. Dem Wunsch des Rates sei entsprochen worden, Aufklärungsarbeit zu leisten und mündliche Verwarnungen auszusprechen. Die Kontinuität konnte aufgrund fehlender Haushaltsmittel nicht beibehalten werden. Nach Meinung von Frau Jung habe das Modell auch einen erzieherischen Auftrag. Wenn die erwarteten Einnahmen nicht eingegangen seien, sei dieses Projekt trotzdem nicht gescheitert, sondern sollte mit Nachdruck weitergeführt werden. Herr Metz erklärte, dass er bereits beim Entstehen dieses Modells zu bedenken gab, dass es Schwierigkeiten hinsichtlich der Kostenneutralität geben werde. Er halte einen Parallelbetrieb der ordentlichen Mitarbeiter (z.B. im Bereich des ruhenden Verkehrs) und der Hilfskräfte für den Bereich der Umweltangelegenheiten für nicht sinnvoll. Dies könne auch aus einer Hand erfolgen. Nach Ausführung von Frau Feld-Wielpütz werde die Notwendigkeit der Umweltkontrollen auf jeden Fall gesehen. Zur Herstellung der Kontinuität müssten entsprechende Gespräche ge-					

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Fragestellung	Fraktion
führt werden.					
43	245	02-02-03	Überwachung des ruhenden Verkehrs, sonstige Verkehre	In wie viel % der Fälle werden Verfahren eingestellt und auf welche Mängel beruhen diese in der Regel?	SPD
Herr Steinkamp teilte mit, dass eine absolute Zahl bei dem bisher eingesetzten System nicht genannt werden könne. Im Laufe des vergangenen Jahres wurde ein neues System eingesetzt, dass diese Informationen hergebe, wobei dann zu berücksichtigen ist, ob Verfahren aufgrund von bekannt gewordenen Tatsachen oder manuellen Fehlern des Personals eingestellt wurden. Zielsetzung sei die Reduzierung der manuellen Fehler.					
45	255	02-04-01	Statistik und Wahlen	Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, für eine höhere Wahlbeteiligung zu werben? Information zum Wahlprozedere usw. Sind pro Wahlbezirk 2 Wahlcomputer vorgesehen? Wie sieht die Verwaltung die möglichen Entscheidungen um die möglichen Rechtsunsicherheiten von Wahlcomputern? Teilt der Bürgermeister die Auffassung, dass der Sieger der BGM-Wahl durch eine Spende in gleicher Höhe die Kosten der Wahlparty ausgleichen sollte?	SPD
Eine hohe Wahlbeteiligung erhoffe sich die Verwaltung nach Darstellung des Bürgermeisters durch eine Präsenz der Parteien, die sich zur Wahl stellen. Es seien 2 Wahlcomputer pro Wahlbezirk vorgesehen. Der Entscheidung über die Rechtsunsicherheit wolle die Verwaltung nicht vorgreifen. Eine entsprechende Entscheidung stehe noch aus. Die Frage wegen der Kostenübernahme für eine Wahlparty wurde nicht beantwortet.					
46	261	02-05-01	Brandschutz	Frage: Unterhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude - wer ist dafür zuständig und über welchen FB erfolgt die Abwicklung?	B90/Die Grünen
Der Bürgermeister erklärte, dass die Feuerwehrrhäuser vom Gebäudemanagement unterhalten werden.					

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Fragestellung	Fraktion
47	261	02-05-01	Brandschutz	Welche Ressourcen würden notwendig um für die Freiwillige Feuerwehr Sankt Augustin eine Rentenversicherung wie in Hürth einzuführen? Feuerwehrleute erhalten nach 25 Jahren ca. 150 € pro Monat Rente.	SPD
Der Bürgermeister erinnerte daran, dass seitens der Feuerwehr eine Rentenversicherung nicht gewünscht sei. Herr Steinkamp erklärte, dass sich die Kosten hierfür auf 50.000,00 € pro Jahr belaufen würden. Diese seien nicht verpflichtend.					
48	266	02-05-01	Brandschutz	Brandschutzbedarfsplan S. 267, Investitionsnummer 01 0000 9, Gerätewagen Gefahrgut Standort Hangelar, wo sind die Investitionen zur Gebäudeveränderung?	FDP
49		02-05-01	Brandschutz	Brandschutzbedarfsplan S. 181, Neubau Buisdorf, wo im Haushalt veranschlagt	FDP
50		02-05-01	Brandschutz	InvestNr: 01 0000 8, Rüstwagen RW Niederpleis, wo ist die Stellplatzanpassung?	FDP
Ob Investitionen zur Gebäudeveränderung in Hangelar erforderlich sind, hänge nach Ausführung von Herrn Steinkamp von der konkreten Realisierung der Beschaffungsmaßnahme ab. Sollte es gelingen, ein Fahrzeug zu finden, das sich den Gegebenheiten der Örtlichkeit anpasse, könne auf die Investition verzichtet werden. So verhalte es sich auch für den Bereich Niederpleis. Herr Steinkamp erklärte, dass für Buisdorf keine Haushaltsmittel veranschlagt werden konnten, da noch keine konkreten Gebäuderealisierungsmaßnahmen vorhanden seien.					
52	277	03-02-01	Grundschulen	Wie soll die Grundschule Freie Buschstraße in das Konzept OGS eingebunden werden? Wann genau soll diese Entscheidung fallen? Wieso ist in den Folgejahren kein Ansatz für Baukosten eingestellt? Bei den konkreten Maßnahmen ist die Erfassung der baulichen Maßnahmen genannt. Diese müssten längst bekannt sein.	SPD

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Fragestellung	Fraktion
				Warum gibt es keinen Ansatz für Fortbildungen (wie bei den Realschulen und Gymnasien)? Welche Zusatzkosten sind durch die Verzögerung der OGS Baumaßnahmen in den Provisorien entstanden? Welche zusätzlichen Kosten sind bei den Umbaukosten entstanden, durch die fehlenden Ausschreibungen für die Gewerke der Sanierung der Altbauten? Hatten die Feuchtschädensanierungen an der OGS Sankt Augustin Ort nicht die höchste Priorität? Für das IT-Konzept und die Beschaffungen wird zukünftig den Schulen auf Grundlage der Schülerzahlen eine Pauschale ausbezahlt. Da in den Schulen unterschiedlich hoher Investitionsstau besteht, stellt sich die Frage, nach wie viel Jahren dieser abgebaut wird und wie der Ausgleich zu den unterschiedlichen Ausgangslagen erreicht werden soll?	
53	277, 285, 293, 299, 307	03-02-01 03-03-01 03-04-01 03-05-01 03-06-01	Schulen	Konnten in diesem Haushalt die Anmeldungen der Schulen erfüllt werden? Wie viele Mittelanmeldungen konnten nicht in den Haushaltsplan aufgenommen werden?	FDP
Herr Raubach erklärte, dass sowohl die Fortbildungsmaßnahmen als auch die Schwimmkurse in allen Schulformen berücksichtigt wurden. Nach Aussage von Herrn Lübken werde in einem terminierten Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden geklärt, wann die Grundschule Freie Buschstraße in das OGS-Konzept eingebunden werden soll. Der Bürgermeister sagte eine Absprache des Zeitplanes mit den Fraktionen zu. Herr Lübken teilte mit, dass zum jetzigen Zeitpunkt zu den Zusatzkosten und den Umbaukosten keine Angaben gemacht werden können. Die Antwort werde nachgereicht. In Bezug auf das IT-Konzept verwies Herr Knülle auf den Vorbericht zum Haushalt, in dem 381.000,00 € für die Anschaffung zur Verfügung stehen. Herr Raubach teilte mit, dass alle Mit-					

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Fragestellung	Fraktion
----------	-------	---------	-------------	---------------	----------

telanforderungen der Schulen übernommen worden seien. Diese Zahl drücke die Differenz zwischen den eingesetzten Mitteln und dem im Investitionsprogramm aufgenommenen Betrag aus.

Frau Feld-Wielpütz verwies unter Aufwand / Auszahlungen auf die vorzuziehenden Investitionen 05.00057, in dem die Installation einer Außendoppeltür für die Überdachung des Innenhofes der Grundschule Mülldorf von 2010 nach 2009 vorgezogen werden soll. Der Bürgermeister antwortete, dass dies eine Intention der SPD-Fraktion sei.

Herr Wagner machte auf einen gleichlautenden Antrag der CDU- und der FDP-Fraktion aufmerksam, in dem die Pflasterung des Innenhofes in 2009 vorgezogen werden soll, die restlichen Maßnahmen sollen im Jahr 2010 erledigt werden.

Die Antwort zu den Feuchtschädensanierungen an der OGS Sankt Augustin Ort werde nachgereicht.

54	285	03-03-01	Hauptschulen	Welche Ressourcen sind zur sofortigen Realisierung einer Mensa im Schulzentrum Niederpleis notwendig? Für das IT-Konzept und die Beschaffungen wird zukünftig den Schulen auf Grundlage der Schülerzahlen eine Pauschale ausbezahlt. Da in den Schulen unterschiedliche hoher Investitionsstau besteht stellt sich die Frage, nach wie viel Jahren dieser abgebaut wird und wie der Ausgleich zu den unterschiedlichen Ausgangslagen erreicht werden soll? Warum gibt es keinen Ansatz für Fortbildungen (wie bei den Realschulen und Gymnasien)?	SPD
----	-----	----------	--------------	---	-----

Der Bürgermeister erklärte, dass nicht nur der finanzielle Rahmen entscheidend sei, sondern auch die Personalkapazität.

Auf Nachfrage von Herrn Knülle erläuterte der Bürgermeister, dass auch mit zusätzlichem Personal eine vorzeitige Realisierung nicht möglich sei, da die Kapazität des Gebäudemanagements erschöpft sei.

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Fragestellung	Fraktion
55	293	03-04-01	Realschulen	Bei den konkreten Maßnahmen ist die Erfassung der baulichen Maßnahmen genannt. Diese müssten längst bekannt sein. Warum gibt es keinen Ansatz für Schwimmkurse (wie bei den Grund- und Hauptschulen)? Für das IT-Konzept und die Beschaffungen wird zukünftig den Schulen auf Grundlage der Schülerzahlen eine Pauschale ausbezahlt. Da in den Schulen unterschiedliche hoher Investitionsstau besteht stellt sich die Frage, nach wie viel Jahren dieser abgebaut wird und wie der Ausgleich zu den unterschiedlichen Ausgangslagen erreicht werden soll?	SPD
Nach Aussage von Herrn Raubach wurden die Fragen bereits beantwortet. (siehe Ziffer 53)					
56	299	03-05-01	Gymnasien	Bei den konkreten Maßnahmen ist die Erfassung der baulichen Maßnahmen genannt. Diese müssten längst bekannt sein. Warum gibt es keinen Ansatz für Schwimmkurse (wie bei den Grund- und Hauptschulen)? Wieso sind keine Kosten für den Mensabau am Schulzentrum Niederpleis eingeplant? Für das IT-Konzept und die Beschaffungen wird zukünftig den Schulen auf Grundlage der Schülerzahlen eine Pauschale ausbezahlt. Da in den Schulen unterschiedlich hoher Investitionsstau besteht, stellt sich die Frage, nach wie viel Jahren dieser abgebaut wird und wie der Ausgleich zu den unterschiedlichen Ausgangslagen erreicht werden soll?	SPD
Herr Raubach erläuterte, dass die Fragen schon beantwortet wurden. (siehe Ziffer 53). Auf Nachfrage von Herrn Knülle, ob das Vorziehen der möglichen Erneuerung der Fachräume im Schulzentrum Niederpleis bei vorhandenen finanziellen Mitteln realisierbar wäre, antwortete					

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Fragestellung	Fraktion
Herr Lübken, dass abgewartet werden müsse, ob nach den Gesprächen mit den Schulleitern noch eine Sanierungsnotwendigkeit bestehe. Das Gesprächsergebnis würde der Politik am 05.03.2009 in einem gemeinsamen Gespräch vorgestellt.					
57	307	03-06-01	Förderschule	Für das IT-Konzept und die Beschaffungen wird zukünftig der Schule auf Grundlage der Schülerzahlen eine Pauschale ausbezahlt. Nach wie viel Jahren ist mit dem Abbau des Investitionsstatus zu rechnen?	SPD
siehe Antwort zu Nr. 53					
59	317	03-08-01	Fördermaßnahmen für Schüler	Welche Ressourcen sind notwendig, um die vom Land wegfallenden Sprachkurse aufzufangen und ein der Nachfrage entsprechendes Angebot sicherzustellen?	SPD
An die Stelle dieser weggefallenen Sprachkurse sind Fördermaßnahmen in den Kindertageseinrichtungen getreten. Die Sprachförderung finde man jetzt im Haushalt unter dem Produkt Kindertageseinrichtungen.					
61	329	04-02-01	Heimat- und sonstige Kulturpflege	Frage: Warum "Einsatz des Bauhofes" als konkrete Maßnahme, aber keine interne Verrechnung mit Bauhof?	B90/Die Grünen
Nach Aussage von Herrn Raubach ist diese Frage bereits beantwortet worden. (siehe Nr. 38)					
63	337	04-04-01	Musikschule	Welche Ressourcen sind für eine noch stärkere Einbindung der Musikschule in die Angebote der OGS notwendig? Welcher zusätzliche Bedarf an Unterricht besteht derzeit an der Musikschule, Wartelisten?	SPD
Wenn sich die Ressourcen im Rahmen der Honorarkräfte bewegen, können diese nach Angaben von Herrn Stroß über den zur Verfügung stehenden finanziellen Rahmen neutral gedeckt werden. Der Einsatz von TVöD-Kräften könnten im vorliegenden Etat nicht abgebildet werden und stelle eine Subventionierung der Stadt für die Kurse dar. Nach seiner Ausführung können die Wartelisten kontinuierlich im Rahmen des veranschlagten					

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Fragestellung	Fraktion
Budgets abgearbeitet werden. Zur Zeit bestehe aufgrund des zur Verfügung stehenden Lehrpersonals in dieser Hinsicht kein Bedarf.					
64	340	04-04-01	Musikschule	Warum zeigen die Kosten in 2010 eine Steigerung und gehen dann wieder runter?	FDP
Herr Raubach erklärte, dass im Jahr 2010 die linearen und strukturellen Erhöhungen einge-rechnet wurden. Nach 2011 wurde eingeplant, dass ein Kollege in Rente geht.					
65	343	04-05-01	Stadtbücherei	Anzahl der gesponserten Abo's? In welchem Umfang findet mitt-lerweile eine Kooperation mit der Hochschulbibliothek statt? Stich-wort Medientausch, gegenseitiger Zugriff auf die Medienverzeich-nisse?	SPD
Nach Ausführung von Herrn Stroß gibt es zur Zeit 26 Abonnements. Als Nutzer könne man online den Bestand der Stadtbücherei und der Hochschulbibliothek ab-fragen und im Rahmen der Fernleihe die Bücher ordern.					
66	353	04-07-01	Bürgerhäuser	Gibt es Optimierungsmöglichkei-ten, um den Mietern weniger Se-kundärkosten entstehen zu las-sen? (Aula Menden)	SPD
67	353-357	04-07-01	Bürgerhäuser	Bitte eine Information im Rahmen der Haushaltsberatungen, ob noch nicht eingeplante Kosten-steigerungen zu erwarten sind?	FDP
Herr Stroß teilte mit, dass die Reinigung nach einer Wochenend-Veranstaltung am Sonntag stattfinden müsse, damit der Schulbetrieb am Montag wieder ordnungsgemäß durchgeführt werden könne. Aufgrund der tariflichen Zuschläge seien die Reinigungskosten daher sehr hoch. Es werde versucht, die Reinigung so weit wie möglich am Montag ab 6.00 Uhr durchzu-führen, da dann die tariflichen Zuschläge nicht anfallen würden. Dies setze allerdings auch die Unterstützung der Vereine voraus. Kostensteigerungen aufgrund evtl. erforderlicher Investitionen seien nicht zu erwarten.					

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Fragestellung	Fraktion
68	367	05-01-03	Grundsicherungsleistungen nach SGBII	Wie viele Praktikumsstellen werden bei der Stadtverwaltung oder städtischen Gesellschaften bereitgestellt?	SPD
Herr Parpart erklärte, dass es sich bei diesem Produkt um die Kooperation mit dem ARGE-Center Sankt Augustin handeln würde. Es handele sich um die 1,00 Euro-Jobs. Zur Zeit seien 88 Stellen in der Bewirtschaftung, wovon 54 bei der Stadtverwaltung und deren Außenstellen seien und 34 bei zwei weiteren Kooperationspartnern, in der Regel die Nachbarschaftshilfe und die stationären Pflegeeinrichtungen für Senioren. Im Haushaltsentwurf sei noch keine Aussage zu der Anschlussvereinbarung getroffen worden. Ab dem 01.01.2009 bis zum 31.03.2010 sei mit der ARGE Rhein-Sieg eine maximale Belegungszeit von 30 Plätzen pro Monat vereinbart worden. Bei 88 Stellen könne somit jedem von der ARGE Vermittelten eine Praktikumsstelle angeboten werden.					
69	377	05-02-01	Unterbringung und Betreuung von Obdachlosen	Besteht die Möglichkeit, die Sicherheit der Unterkünfte am Bauhof durch eine engere Zusammenarbeit mit der Polizeistation der Autobahnpolizei zu realisieren?	SPD
Der Bürgermeister erklärte, dass die Autobahnpolizei wegen der Örtlichkeiten der erste Ansprechpartner sei, auch wenn sie nicht zuständig sei. Er erinnerte auch an den "Engel der Obdachlosen", Frau Bonnarewitz, die mit der Polizei vernetzt sei.					
70	395	05-02-04	Altenhilfe und Altenbegegnungsstätten	Frage: Wie geschieht die Abgrenzung zwischen den Altenfesten der Ortsvorsteher im Produkt 04-02-01 und den Veranstaltungen in diesem Produkt? Warum zwei Produkte?	B90/Die Grünen
Herr Raubach erläuterte, dass es sich bei dem hier angegebenen Produkt um städtische Einrichtungen handeln würde. Die Altenfeste würden von der Stadt gefördert. Hierfür sei das Produkt 04-02-01 - Heimat- und sonstige Kulturpflege - maßgebend. Nach Meinung von Herrn Metz müsse deutlich erkennbar sein, wer die Altenfeste veranstaltet und bezahlt. Der Bürgermeister machte darauf aufmerksam, dass der Ortsvorsteher nicht immer Ausrichter der Feste sei. Der Zuschuss werde unterschiedlich verwendet. Zudem gebe es weitere Sponsoren für die Altenfeste, da diese nicht allein vom städtischen Zuschuss getragen werden könnten. Herr Metz bestand auf eine klare Regelung zur Verwendung der Gelder.					

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Fragestellung	Fraktion
72	401	05-03-01	Sonstige soziale Dienstleistungen		
Frau Bergmann-Gries bat um Benennung der erforderlichen Kosten für die Fortschreibung des „Berichtes zur sozialen Lage in Sankt Augustin“. Die Beantwortung wird nachgereicht.					
73	407	05-04-01	Unterhaltsvorschussleistungen	Anzahl der Fälle mit Familien mit Migrationshintergrund?	SPD
Nach Mitteilung von Herrn Liedtke werde beim Unterhaltsvorschuss die Anzahl der Familien mit Migrationshintergrund nicht erfasst. Aus den Unterlagen sei dies auch oftmals nicht erkennbar. Zudem sei diese Information für die gesetzliche Erfüllung der Aufgaben nicht wichtig.					
74	411	06-01-01	Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen	Wie stellt sich der genaue Zeitplan zur Realisierung der Investition an der KiTa Marktstraße dar?	SPD
Die Antwort wird nachgereicht.					
77	425	06-02-01	Förderung der Kinder- und Jugendarbeit	Der Ansatz für die Jugendferien- und Jugendnaheholungsmaßnahmen ist zu niedrig. Die Ferienmaßnahmen sollten höher bezuschusst werden als dies bisher der Fall ist. Gestiegene Kosten führen zudem zu einer automatischen Verringerung des Zuschusses, der seit über 10 Jahren nicht angepasst wurde an die allgemeine Kostensteigerung bzw. Inflationsrate. Entwicklung der Auszahlungsquote der letzten Jahre? Unter anderen sollten nach der Konferenz in 2007 auch die Möglichkeit geschaffen werden, Sonderförderungen bei Feriennaheholungen zu gewähren, die bisher nur für Ferienfahrten möglich sind. Wann sollen die Ergebnisse der Konferenz zum Jugendförderplan umgesetzt werden? Bezuschussung SGBII Kinder für Jugendferienmaßnahmen? Stand des im Zentrums-	SPD

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Fragestellung	Fraktion
				ausschuss erteilten Prüfauftrags (Gespräche mit Wohnungsbau-gesellschaft etc.)?	
Herr Liedtke erläuterte, dass im Unterausschuss "Kinder- und Jugendförderplan" die Veränderung und Anpassung der Richtlinien mit beraten werde. Dies sei auch ein Thema in der nächsten Jugendhilfeausschuss-Sitzung. Bis 2009 gebe es noch einen Kinder- und Jugendförderplan. Mit den Verbänden habe man sich darauf geeinigt, dass die Förderansätze in dieser Laufzeit nicht angepasst werden. Die veranschlagten Mittel würden bisher ausreichen, um Jugendfreizeiten zu finanzieren. Für das Jahr 2008 könne eine Aussage erst nach Vorliegen der Abrechnung des Stadtjugendrings im März 2009 erfolgen. Zukünftig seien die Budgets für die einzelnen Formen von Ferienfahrten anders aufzuteilen. Nach Aussage von Herrn Gleß handele es sich bei dem im Zentrumsausschuss erteilten Prüfauftrag um eine regelmäßige Berichterstattung im Zentrumsausschuss darüber, welche Spielmöglichkeiten im Wohngebiet und im angrenzenden Grüngürtel realisiert werden konnten.					
78	431	06-02-02	Offene Kinder- und Jugendarbeit	36 764 Besucher sind wie viele Personen?	FDP
Herr Liedtke teilte mit, dass diese Frage zur Zeit nicht beantwortet werden könne. In allen Einrichtungen würden Besucherstatistiken geführt, auch mit Mehrfachnennungen. Diese herauszufiltern bedürfe eines gewissen Zeitaufwandes.					
80	431	06-02-02	Offene Kinder- und Jugendarbeit	Was ist aus den Ergebnissen des Jugendförderplanes geworden und der von der Verwaltung geforderten zusätzlichen Stelle für die offene Jugendarbeit?	SPD
Im Zuschussbudget an den Förderverein seien nach Mitteilung von Herrn Liedtke zusätzliche Mittel auch für die Streetwork eingesetzt worden, so dass die Ausweitung dieser Arbeit über Honorarkräfte möglich sei. Auf Nachfrage von Herrn Knülle nach der Bezuschussung nach dem SGBII für Kinder- und Jugendmaßnahmen ergänzte Herr Liedtke, dass dieses Thema bei der Diskussion über die neuen Richtlinien mit einbezogen würde. Bislang sei eine Sonderförderung möglich und wird auf Antrag der Träger auch über die Verwaltung abgerechnet.					
81	437	06-02-03	Jugendsozialarbeit	Welche Ressourcen wären für die Einrichtung eines Jugendmobils analog zur Stadt Bonn notwendig?	SPD
Herr Liedtke wies darauf hin, dass die Stadt Sankt Augustin mit dem Streetworkmobil bereits ein Jugendmobil habe. Herr Knülle machte auf das Jugendmobil der Stadt Bonn aufmerksam, das wie ein fahrendes Jugendamt für die Jugendlichen aktiv sei und dessen Arbeit über die					

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Fragestellung	Fraktion
reine Streetworkarbeit hinaus gehe. Der Bürgermeister sagte diesbezüglich eine Nachfrage bei der Stadt Bonn zu.					
82	437	06-02-03	Jugendsozialarbeit	Warum werden Patenschaften in der Zahl verringert?	FDP
Nach Ausführung von Herrn Liedtke sei die Zahl 35 eine Planzahl. Zur Zeit bestehen aktuell 36 Patenschaften.					
83	441	06-02-04	Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz	Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung die AIDS Prävention im Stadtgebiet auszuweiten, vor dem Hintergrund, dass durch mangelnde finanzielle Ausstattung der Beratungseinrichtungen bereits erhebliche Kapazitätsengpässe bestehen? Kann die Stadt durch eigene Leistungsentgelte zusätzliche Beratungs- und Präventionsmaßnahmen finanzieren und bereitstellen?	SPD
Nach Information durch Herrn Knülle könne die Aidshilfe des Rhein-Sieg-Kreises wegen fehlendem Personal der Nachfrage nicht nachkommen. Wenn finanzielle Mittel zur Verfügung stehen würden, könne man mit zusätzlichem Personal dem Umfang der Nachfragen nachkommen. Auf seine Frage, ob sich die Stadt dazu in der Lage sehe, obwohl die Aufgabenverantwortung beim Rhein-Sieg-Kreis liege, antwortete der Bürgermeister, dass dies zwar keine rechtlichen Konsequenzen habe, aber beim Kreis den Eindruck erwecken könne, dass die Stadt Sankt Augustin finanzielle Mittel erübrigen könne.					
85	445	06-03-01	Vormundschaften, -pflegschaften, Beistandschaften	Warum diese Fallzahlsteigerung?	FDP
87	449	06-03-02	Leistungen für Kinder, Jugendliche und junge Menschen	Erweiterung der Fallzahlen??? Gibt es unbearbeitete Fälle?	FDP
Nach dem Bericht zur Erziehung vom Landesamt für Statistik seien die Fallzahlen nach Ausführung von Herrn Liedtke in allen Hilfearten landesweit um ca. 8 bis 10 % gestiegen. Eine Berichterstattung habe im Jugendhilfeausschuss stattgefunden. Das Ziel, Heimunterbringungen durch Unterbringungen in Pflegefamilien zu reduzieren, gelinge wegen der Komplexität der Probleme nicht immer.					

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Fragestellung	Fraktion
86	445	06-03-01	Vormundschaften, Pflegschaften, Beistandschaften	Wieso wurden keine kommunalen Ziele und Maßnahmen definiert?	SPD
Der Bürgermeister erklärte, dass die Beantwortung dieser Frage nachgereicht werde.					
91	469	08-01-01	Sportstätten	Für welche Sportstätten und Gruppen werden Benutzungsgebühren erhoben derzeit?	SPD
Nach Ausführung von Herrn Stroß werden in allen Sportstätten nur dann Gebühren erhoben, wenn es keine Vereinsnutzung sei.					
93	481	09-01-01	Städtebauliche Planungen und Entwicklungen	"Forum Stadtzentrum" kürzen. Zusätzlich Kostenbeteiligung der WFG prüfen.	B90/Die Grünen
Der Bürgermeister erklärte, dass eine Zusage der Wirtschaftsförderungsgesellschaft bestehen würde.					
94	481	09-01-01	Städtebauliche Planungen und Entwicklungen	Welche Konzepte und Initiativen stellt die Verwaltung an, um die Nahversorgung in Birlinghoven und Meindorf wieder zu erreichen? Welche externen Planungskosten sollen im Zusammenhang mit dem Stadtentwicklungskonzept konkret entstehen? Ist es sinnvoll, die Zentrum West Maßnahme so fortzuführen vor dem Hintergrund der jährlichen Transferzahlungen an den Entwicklungsträger?	SPD
Nach Ausführung von Herrn Gleß wurde der Bebauungsplan für Birlinghoven vor ca. 4 Jahren rechtskräftig. Mit den möglichen Investoren werden Gespräche geführt, um auf die Grundstücke aufmerksam zu machen. Für Meindorf befinde sich zur Zeit der Flächennutzungsplan in der Aufstellung. Dieser müsse noch von der Bezirksregierung genehmigt werden. Der Bebauungsplan werde dann genauso wie in Birlinghoven aufgestellt werden. In Bezug auf die externen Planungskosten erklärte er, dass über diese in jedem Einzelfall individuell entschieden werden müsse. Nicht jede Bauleitplanung werde extern vergeben. Herr Knülle machte darauf aufmerksam, dass im Haushaltsentwurf bis zum Jahr 2015 noch 3 Mio. € an zusätzlichen Rücklagen berücksichtigt seien. Auf seine Frage nach der Erhöhung der Rücklage, damit die bis 2015 zum anvisierten Defizit noch fehlenden 5 Mio. € gedeckt					

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Fragestellung	Fraktion
werden können, erklärte Herr Raubach, dass in der vorläufigen Eröffnungsbilanz 2009 an Rückstellungen 7.158.000,00 € gebildet worden seien. Ab dem Jahr 2009 sollen jährlich 500.000,00 € zugeführt werden. 2013 müssen die Jahresbeträge ggfs. erhöht werden. Herr Gleß erklärte, die Stadt sei gesetzlich verpflichtet, sich eines Treuhänders zu bedienen.					
95	491	09-03-01	Verkehrsplanung	Sieht die Verwaltung Chancen aus dem Konjunkturpaket II der Bundesregierung entsprechende Transferzahlungen zu erhalten, die eine Realisierung der Untertunnelung der Arnold-Janßen-Straße für die S 66 ermöglichen könnte? Welche konkreten Maßnahmen für das Konjunkturprogramm II hat die Stadtverwaltung vorbereitet? Von welcher Kofinanzierung geht die Stadtverwaltung für Sankt Augustin aus?	SPD
Bevor hierzu keine konkreten Erkenntnisse vorliegen, können nach Aussage des Bürgermeisters keine Angaben gemacht werden.					
96	497	10-01-01	Bauordnung	Aufstockung des Personals als Ziel?	SPD
Herr Trübenbach erläuterte, dass die Herabsetzung der Bearbeitungszeit von Bauanträgen zeitlich optimiert werden solle. Ziel sei es, dies mit dem vorhandenen Personal zu schaffen.					
97	497	10-01-01	Bauordnung	Frage: Gehört der Gewerbelotse nicht besser in das Produkt 15-01-01?	B90/Die Grünen
Bei dem hier aufgeführten Gewerbelotsen handele es sich um den Mitarbeiter aus dem technischen Bereich, der eine Begleitung bei technischen Fragestellungen sicherstellt.					
98	503	10-02-01	Denkmalschutz und -pflege	Falscher Text für strategisches Ziel?!	B90/Die Grünen
99	503	10-02-01	Denkmalschutz und -pflege	Wie ist das strategische Ziel im Zusammenhang mit Denkmalschutz zu verstehen?	SPD

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Fragestellung	Fraktion
Herr Heidelberg erklärte, dass das strategische Ziel der Denkmalpflege die Erhaltung des kulturellen Erbes sei.					
101	509	10-03-01	Wohnungs- bauförderung	Frage: Sind die Ergebnisse der Studie "Wohnen und Leben im Alter" mit der Einordnung in das Produkt bereits vorweggenommen? Nicht besser das Produkt 09-01-01?	B90/Die Grünen
Nach Mitteilung von Herrn Gleß handele es sich um eine Produktbildung für die Erarbeitung einer Analyse zur Bevölkerungsentwicklung im Rhein-Sieg-Kreis und der Stadt Bonn für das Folgejahr. Mit den Ergebnissen werde im Frühjahr 2010 gerechnet. Die Zuordnung könne auch beim Produkt 09-01-01 - Städtebauliche Planungen und Entwicklungen - erfolgen.					
102	509	10-03-01	Wohnungs- bauförderung	Wo findet die Sicherstellung adäquater Wohnraumversorgung statt? Wo ist die Wohnraumanalyse einzusehen? Wo findet sich das Ziel 'Monitoring' Wohnungsnachfrage/-versorgung insgesamt ? Dito: Querschnittsaufgabe Demografie???	SPD
Herr Parpart führte aus, dass die Sicherstellung der adäquaten Wohnraumversorgung in der zentralen Fachstelle Wohnen im Fachdienst Wohnen durch die Beobachtung des Nachfrageverhaltens, insbesondere in Bezug auf den sozialen Wohnungsbau, statfinde. Eine umfassende Wohnraumanalyse gebe es nicht. Das Monitoring sei bisher nicht in den Zielkatalog aufgenommen worden und würde die Bestandsaufnahme des gesamten Wohnungsmarktes notwendig machen. Die Stadt Sankt Augustin habe aber keinen Zugriff auf den privaten Wohnungsbau. Die Wohnungsnachfrage/-versorgung erfolge im Fachdienst Wohnen durch eine Erfassung der Vermittlung von frei gemeldeten Wohnungen im sozialen und geförderten Wohnungsbau. Kleinstwohnungen und Wohnungen über 90 qm würden am stärksten nachgefragt. Bezüglich der Querschnittsaufgabe habe es intern noch keine Abstimmung gegeben.					
106	525	11-02-01	Abwasser- beseitigung	Ist die unter den Transferzahlungen zu leistende Abwasserabgabe abhängig von der Einhaltung von Auflagen und wie stellt sich dies im Fall von Sankt Augustin dar?	SPD

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Fragestellung	Fraktion
----------	-------	---------	-------------	---------------	----------

Herr Schmitz teilte mit, dass die Abwasserabgabe von gesetzlichen Grundlagen abhängig sei. Die Abgabe hänge vom Stand der Technik ab, der jährlich umfangreich vom Landesumweltamt abgefragt werde. Nach erfolgter Prüfung erfolge aber keine Rückmeldung an die Stadt, so dass die vorsorgliche Bereitstellung der Mittel im Haushalt erfolgen müsse. In der Vergangenheit konnte allerdings immer eine Abwasserabgabefreiheit erreicht werden.

Auf Anregung von Herrn Knülle, den Ansatz aufgrund der Erfahrungen in der Vergangenheit zu streichen, erklärte Herr Raubach, dass diese Abwasserabgabe aufgrund der Angaben des Fachbereiches Tiefbau in die Kanalbenutzungsgebühr eingerechnet wurde. Insofern sei vom Bürger schon diese Abgabe eingefordert worden. Ein möglicher Überschuss werde in der kommenden Gebührenbedarfsberechnung an den Bürger zurückgegeben.

107	539	12-01-01	Straßen, Wege, Plätze	Mit welcher Priorität ist die Ortsdurchfahrt Niederpleis versehen? War die Realisierung der Rad- und Gehwegverbindungen Astrid-Lindgren-Straße nicht Teil des Vertrags mit dem Investor? Ist die Realisierung der Instandsetzung der Fahrbahn "Alte Marktstraße" in 2009 gesichert? Wie ist der aktuelle Sachstand zum vorgeschlagenen ebenerdigen Übergang an der S-Haltestelle Markt? Falls ein Aufzug geplant sein sollte, warum sind keine Kosten angegeben? Wie ist die Konzeption zum Martin-Fußhöller-Platz in Niederpleis? Derzeit fast ausschließlich Parkplatz.	SPD
-----	-----	----------	--------------------------	---	-----

Herr Gleß erklärte, dass die Ortsdurchfahrt Niederpleis beim Landesbetrieb eine geringe Priorität hat. Ein Gespräch mit dem Landesbetrieb wird notwendig, um diese anzuheben. In diesem Jahr soll die Ausbauplanung durchgeführt werden. Zielsetzung sei die Realisierung im Jahr 2010.

Die Realisierung der Rad- und Gehwegverbindungen Astrid-Lindgren-Straße war nicht Teil des Vertrages. Eine Berichterstattung erfolgte im damaligen Wirtschaftsförderungs- und Liegenschaftsausschuss.

Die Instandsetzung der Fahrbahn Alte Marktstraße ist gesichert. In absehbarer Zeit erfolgt eine Informations-Veranstaltung mit den Bürgern. In der 2. Jahreshälfte 2009 soll gebaut werden.

Der ebenerdige Übergang an der S-Bahn-Haltestelle Markt wird von fast allen beteiligten Behörden unterstützt. Die federführende Behörde, die Bezirksregierung Düsseldorf, die für die Verkehrssicherung in Gleisanlagen zuständig ist, sieht dort ein Sicherheitsrisiko und wird in keinem Fall zustimmen. Für die Fußgängerbrücke müssen die eingestellten Mittel für eine Sanierung im Haushalt bleiben, da eine Verkehrssicherung für den Bereich der Brücke besteht

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Fragestellung	Fraktion
und aus statischen Gründen eine Sanierung zwingend erforderlich ist. Die Konzeption sieht vor, den Martin-Fußhöller-Platz für Festivitäten vorzuhalten. Er kann somit zur Bebauung nicht herangezogen werden. Herr Knülle fragte nach Haushaltsmitteln für den Bürgersteig der Martinuskirchstraße und der Verlängerung der Pleistalbrücke, damit die Bürger fußläufig zum EDEKA-Markt kommen können. Die Frage wird nachträglich beantwortet.					
108	551	12-02-01	Verkehrsanlagen, Straßenbeleuchtung	Frage: Wir bitten um eine Amortisationsrechnung: Wann rentiert sich die Investition in energiesparende Beleuchtung für die Stadt? Welcher Betrag wäre sinnvoll? (s.a. Bericht zur Rechnungsprüfung!)	B90/Die Grünen
Herr Schmitz erläuterte, dass eine Amortisationsrechnung zur Zeit nicht möglich sei. Im Jahre 2009 wird ein ausführlicher Bericht zur Wirtschaftlichkeit der Straßenbeleuchtung vorgelegt.					
110	551	12-02-01	Verkehrsanlagen, Straßenbeleuchtung	Ist eine Wirtschaftlichkeitsberechnung erstellt worden, um auf dessen Grundlage zu entscheiden, wie viel eine zügige Umwandlung der Leuchten vielleicht schon Sinn machen könnte?	SPD
Im laufenden Jahr sei eine Berichterstattung im Haupt- und Finanzausschuss über die Kosten beabsichtigt, die nötig wären, um die städtische Beleuchtung auf den neuesten Stand der Technik zu bringen. Im Rahmen der Unterhaltung würden beim Defekt von bisherigen Beleuchtungsmitteln modernere eingesetzt. Daraus resultiere eine enorme Energieeinsparung. Wegen stetig steigender Kosten sei aber eine Einsparung der Energiekosten bisher nicht möglich. Auf Nachfrage von Herrn Knülle, ob die Straßenbeleuchtung Tannenweg/Großenbuschstraße und sowie die Beleuchtung des Fahrradweges Pleistalstraße im Haushalt berücksichtigt worden sei, erklärte Herr Schmitz, dass die Verwaltung der Meinung sei, dass es in diesen Bereichen Alternativrouten gebe, die beleuchtet seien. Herr Knülle verwies auf einen Beschluss des Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschusses, der besagt, dass im Rahmen der Haushaltsberatung eine Prüfung der notwendigen Mittel für die Beleuchtung Tannenweg/Großenbuschstraße erfolge. Der Bürgermeister sagte ein Prüfungsergebnis für die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zu.					

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Fragestellung	Fraktion
111	563	12-04-01	ÖPNV	Ist ein Ausbau nicht schon, unter Zustimmung der Förderungsschädlichkeit des RP's, möglich und sinnvoll? Daher könnten die Kosten fürs Provisorium eingespart werden. Ist sichergestellt, dass das vorgesehene Provisorium nicht zur Dauerlösung wird?	SPD
Herr Gleß führte aus, die Realisierung der Sankt Augustin-Linie hänge vom Einbringen in den Nahverkehrsplan des Verkehrsträgers ab. Herr Knülle teilte mit, dass die Errichtung einer P+R Anlage an der Haltestelle Hangelar-Ost im Haushalt mit dem Bau eines Provisoriums dargestellt worden sei, für den Mittel in Höhe von 100.000,00 € benötigt würden. Auf seine Nachfrage, ob nicht sofort die P+R Anlage gebaut werden könne, um sich dieses Geld fürs Provisorium zu sparen, erläuterte Herr Gleß, dass das Provisorium später mit in die Baumaßnahme einbezogen würde. Die Bewilligung von Fördermitteln werde nicht beeinträchtigt.					
112	567	13-01-01	Bereitstellung von Grün- und Freiflächen	Ist der Betrieb der städtischen Brunnen mit dem Ansatz vorgesehen oder nur die Unterhaltung? Wie hoch wäre der Bedarf?	SPD
Die veranschlagten Mittel umfassen nach Ausführung von Herrn Schmitz die Unterhaltung des Brunnens in Birlinghoven, in der Kirchstraße und in der Kölnstraße. Die notwendigen Kosten, die benötigt würden, um alle Brunnen instand zu setzen, belaufen sich auf 11.000,00 €, für die Unterhaltung auf 5.000,00 €.					
113	573	13-02-01	Land- und Forstwirtschaft	Welche konkreten Maßnahmen hat die Verwaltung vor, um die Stadt aufzuforsten? Derzeit gilt Sankt Augustin als waldarm.	SPD
Herr Gleß verwies auf das Ausgleichsflächenkonzept, das vom Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschlossen wurde, in dem von der Arondierung vorhandener Wäldflächen die Rede sei. Aufgrund der verschiedenen Flächenansprüchen, etwa durch Siedlungsgebiete, aber auch durch die Landwirtschaft, werde Sankt Augustin, gemessen an der Größe des Stadtgebietes, trotzdem immer eine waldarme Kommune bleiben.					

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Fragestellung	Fraktion
114	579	13-03-01	Öffentliche Gewässer, Hochwasserschutz	Teilt die Verwaltung unsere Auffassung, dass die derzeitige Einleitung des Schleuterbachs nicht nur den allgemeinen anerkannten Regeln der Technik nicht entspricht, sondern auch gegen geltendes Recht verstößt und das seit Jahren? Welche zusätzlichen Kosten sind dadurch im gebührenfinanzierten Abwasserbereich entstanden?	SPD
Herr Schmitz erklärte, dass es sich nicht um einen Straftatbestand oder eine Ordnungswidrigkeit handele. Die Stadt habe von der Bezirksregierung eine Sanierungsverfügung erhalten, an der mit dem Wasserverband intensiv gearbeitet würde. Der Wasserverband führe zur Zeit zusammen mit einem Ingenieurbüro die Planung durch. Mit der Bezirksregierung sei man sich einig, dass durch die Einleitung des Schlechterbachs in die Kanalisation keine zusätzlichen Kosten entstanden seien.					
116	591	14-01-01	Umweltschutz	Was unternimmt die Verwaltung, um aus dem Beitritt zum Qualitätsmanagementprozess des European Energy Awards eine Verbesserung für die Stadt zu erreichen?	SPD
Der Bürgermeister erklärte, dass diese Frage bereits beantwortet wurde.					
117	599	15-01-01	Wirtschaftsförderung	Die von der Verwaltung gezeigte Leerseite sollte mit dem Hinweis auf die WfG und deren Aktivitäten gefüllt werden, um Missverständnisse zu vermeiden.	FDP
118	599	15-01-01	Wirtschaftsförderung	Wäre es sinnvoll, den kompletten Bereich Wirtschaftsförderung aus dem Haushalt herauszunehmen und in die WFG zu übernehmen und die Personalkosten irgendwo anders unterzubringen?	FDP
Frau Jung sah in der bisherigen Berichterstattung der Presse eine Missdeutung. Sie regte eine Ausfüllung der Seite mit einem operativen Ziel der Wirtschaftsförderung an. Bei den eingestellten Mitteln handele es sich um die anteiligen Personalkosten eines abgeordneten Verwaltungsmitarbeiters. Sie sprach sich zur Vermeidung künftiger Missverständnisse für eine Herausnahme des Produktes aus dem Haushalt aus.					

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Fragestellung	Fraktion
----------	-------	---------	-------------	---------------	----------

Der Bürgermeister entgegnete, dass diese Herausnahme nicht möglich sei, da es sich um einen städtischen Mitarbeiter handeln würde.

119	599	15-01-01	Wirtschaftsförderung	Frage: Ist die einzige Tätigkeit der städtischen Wirtschaftsförderung die Abordnung von Personal zur WFG? Hat das dortige Personal weder Ziele noch verfolgt es konkrete Maßnahmen? Wenn doch, dann bitte angeben.	B90/Die Grünen
120	599	15-01-01	Wirtschaftsförderung	Wieso werden die Ziele des Bürgermeisters für die Wirtschaftsförderung der Stadt nicht aufgeführt? Hat er keine an denen er sich später einmal messen lassen möchte?	SPD
121	600	15-01-01	Wirtschaftsförderung	hier handelt es sich doch wohl um die anteiligen Personalkosten und nicht um das Aufgabenfeld der Wirtschaftsförderung? (s. Presseberichterstattung)	FDP

Der Bürgermeister verwies auf die Antwort zu den Fragen 117 und 118.

122	603	15-02-01	Märkte	Frage: Was genau ist mit dem "Marktplatz im Zentrum" gemeint und sind die Kosten für seine Instandsetzung in diesem Produkt hier richtig?	B90/Die Grünen
-----	-----	----------	--------	---	----------------

Nach Ausführung von Herrn Raubach sei der Karl-Gatzweiler-Platz gemeint. Er sagte eine Umsetzung der Instandsetzungskosten in das Produkt 12-01-01 - Straßen, Wege, Plätze - zu.

Lfd. Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Fragestellung	Fraktion
124	608	16-01-01	Steuern, allgemeine Zuwendungen, allgemeine Umlagen	Die Einnahmen aus der Vergnügungssteuer sollen für die Präventionsarbeit im Jugendbereich verwendet werden. An welchem Produkt des Haushalts ist die Transferleistung einzurechnen? Aufgrund der Entwicklung, von welchen einzelnen Faktoren hat sich die Schlüsselzahl für Sankt Augustin in der Vergangenheit verschlechtert?	SPD
Bezüglich der Präventionsarbeit im Jugendbereich verwies Herr Raubach auf die Seite 427 des Haushalts, auf der für Modellprojekte für innovative Jugendarbeiten 2.050 Euro eingesetzt seien. Er machte darauf aufmerksam, dass es nach wie vor nicht zulässig sei, Steuern mit einem Zweckbindungsvermerk zu versehen. Bezüglich der Schlüsselzahl erklärte er, dass sich diese nach der Einwohnerzahl richten würde. Diese stagniere seit ca. 10 Jahren zwischen 55.000 und 56.000, während sie in anderen Städten gestiegen sei. Daher reduziere sich automatisch der prozentuale Anteil der Stadt Sankt Augustin. Auf Anregung von Herrn Knülle, den Ansatz für die Jugendarbeit zu erhöhen, erwiderte der Bürgermeister, dass dies im Rahmen der Haushaltsmöglichkeiten in allen Jugendbereichen berücksichtigt worden sei.					
125	655		Stellenplan	Warum ist die zweite B2 Stelle noch im Stellenplan enthalten?	FDP
Der Bürgermeister erläuterte, dass die Streichung der zweiten B2 Stelle noch nie beantragt worden sei. Da sie keine finanziellen Auswirkungen habe, würde sie nach wie vor ausgewiesen.					